



Neue Bauten – neue Leitung ...

Personalmangel bleibt

❖ **Neue Bauten:** Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie zieht vom bisherigen Außenstandort in Charlottenburg endlich in die neuen Räume am Campus Benjamin Franklin (CBF) in Steglitz um. Die Baumaßnahmen kosteten 11 Mio. Euro.

Die Planung hatte sich seit 2005 hingezogen. Gewiß bedeutet das eine Verbesserung für die Patienten (1- und 2-Bettzimmer und die Gemeinschaft mit somatisch Kranken). Doch neue Gebäude bedeuten noch keine neue Psychiatrie: Wird es offene Stationstüren, weniger Zwangsmaßnahmen, dafür mehr Angebote an Gesprächen und sozialrehabilitativen Maßnahmen usw. geben? Wird es dementsprechend mehr Personal geben? Gibt es bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten?

Die Charité und Vivantes bauen ein Medizinisches Versorgungszentrum für Strahlentherapie (MVZ) in Friedrichshain, dessen Fertigstellung für Mitte 2015 geplant ist. Als gemeinsame Gesellschafter investieren die Charité und Vivantes etwa neun Mio. Euro in das Gebäude und die technische Ausstattung. Das MVZ wird gemeinsam unter der medizinischen Leitung der Charité betrieben. Mit dem Kooperationsprojekt soll vor allem das ambulante Angebot für Tumorpatienten verbessert werden. Wichtig ist aber abzusichern, dass dies nicht zu Lasten des Personals passiert.

Neue Leitungen

Die Charité hat einen neuen Dekan: Physiologie-Professor Axel Pries. Er ist Nachfolger von Prof. Annette

➔ *Fortsetzung auf Seite 2*



Mindestlohn: Wer nicht zahlt, soll zahlen!

*Haftung bei Missachtung
des Mindestlohns*

Derzeit versuchen einige Unternehmen, den seit Jahresbeginn gültigen Mindestlohn zu umgehen. Zwar enthält das Gesetz einige zu kritisierende Ausnahmen, mit denen die schwarz-rosa Bundesregierung auch Schlupflöcher ermöglicht hat. Die von Unternehmen betriebene Praxis, Tätigkeiten auszulagern oder billig einzukaufen, kann aber verhindert werden. Unternehmen haften nach dem Mindestlohngesetz auch für Subunternehmen. Wenn also ein Unternehmen Dritte für die Erbringung von Werk- oder Dienstleistungen beauftragt, haftet es für die Einhaltung der Mindestlohnzahlung. Faktisch muss das Auftrag gebende Unternehmen einen Nachweis darüber führen, ob der Mindestlohn eingehalten wird. Die Dokumentation wird zwar schwierig, insbesondere wenn Subunternehmen wieder Dritte beauftragen. Bei Missachtung drohen aber Geldstrafen bis zu 500.000 Euro.

Igitt!

Hygienemängel an
der Charite

Karl-Joseph Laumann, Patientenbeauftragter der Bundesregierung, hat die Hygienemängel in Krankenhäusern im Visier. Offenbar eine Reaktion auf Medienberichte, nach denen in deutschen Krankenhäusern mehr Menschen daran sterben als bisher zugegeben. Konkret wolle Laumann die Leitungen aller Uni-Kliniken in NRW und die der Charite einbestellen. Auch wenn man die Reinigung ausgesourct habe, bleibe das Haus in der Verantwortung. Es sei nicht zu tolerieren, dass das Infektionsschutzgesetz nicht umgesetzt werde. Laumann plädierte für mehr unangemeldete Kontrollen. Solche Kontrollen sind wichtig, werden aber nichts ändern, wenn man nicht an eines der Hauptprobleme geht: Zu wenig Personal – auch in der Reinigung – und extreme Arbeitsverdichtung durch viel zu hohe Flächenvorgaben. Abhilfe schaffen könnte hier – wie von verdi gefordert – eine gesetzliche Personalbemessung – auch für die Reinigung.

Ende letzten Jahres erschien eine Reportage des Journalisten Benedict Wermter über Hygienemängel an der Charite. Wermter hatte undercover dort auf der Gastroenterologie gearbeitet und war Zeuge etlicher schwerer Hygienemängel und Fehler im Umgang mit verkeimten Patienten geworden, Ursache ist hier wie in vielen anderen Kliniken: Arbeitsverdichtung, Personalmangel.

Reportage als kostenloses ebook:
<https://www.correctiv.org/undercover-in-der-charite/>

Wie die Wissenschaftsverwaltung des Senats mitteilte, verdienen einige Professoren der Charité zusätzlich zu ihrem Festgehalt mehr als eine Mio. Euro im Jahr durch Nebentätigkeiten wie private stationäre und ambulante Behandlungen oder Gutachten.

► Fortsetzung von Seite 1

Grüters-Kieslich. Die Neuwahl war nötig geworden, nachdem diese im Sommer vom Aufsichtsrat der Charité zum Rücktritt gezwungen worden war. Hintergrund soll ein Machtkampf mit dem Vorstandsvorsitzenden K. M. Einhäupl gewesen sein, wobei es um die Verwendung von 34 Mio. Euro Forschungsgelder ging. Diese beanspruchte die Fakultät gegenüber der Krankenversorgung der Charité für sich. Grüters-Kieslich wurde vorgeworfen, die Existenz der Mittel vor dem Aufsichtsrat verborgen zu haben. Allerdings wurde der Vorwurf von vielen zurückgewiesen, u. a. vom Fakultätsrat und dem Präsidenten der Humboldt-Universität. Letztlich sei der Streit eine Folge der mangelhaften finanziellen Ausstattung der Fakultät, herrührend aus dem „Druck, eine schwarze Null schreiben zu müssen“, so Pries. Der möchte außerdem gern das Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG, siehe letzten „Schrittmacher“) „deutlich transparenter“ gestalten und „deutlich enger an die Fakultät anbinden“. Weiterhin sagte Pries: „Ich freue mich auf den Job, zusammen mit der Fakultät das Juwel Charité zu polieren.“ Ob er mit dem Polieren auch die Verbesserung der Personalsituation meint? Der Personalmangel ist bei weitem nicht behoben.

Wie die Wissenschaftsverwaltung des Senats mitteilte, verdienen einige Professoren der Charité zusätzlich zu ihrem Festgehalt mehr als eine Mio. Euro im Jahr durch Nebentätigkeiten wie private stationäre und ambulante Behandlungen oder Gutachten. Nach Abzug der Abgaben an die Charité, die

also mitverdient, konnten die Professoren insgesamt im Jahr 2013 für sich 14,5 Mio. Euro „nebenher“ verbuchen. Was sagen da wohl eine Krankenschwester oder ein Assistenzarzt mit einem Jahreseinkommen zwischen 20-50.000 Euro dazu? Und wer arbeitet für diese Professoren? Wieviel Pflegekräfte hätte man von dem Geld einstellen können?



Aufruf an die Schrittmacher- Leserschaft

Liebe Leserin,
lieber Leser,
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Neue Gesetze im Gesundheitswesen 2015

Das erwartet uns in diesem Jahr ...

🐾 **Krankenkassen:** Der bisherige Beitrag wird um 0,9 Prozentpunkte auf 14,6 Prozent gesenkt. Auf diesem Niveau ist es den Kassen erlaubt, einen Zusatzbeitrag von den Versicherten zu erheben. Der dürfte im ersten Jahr bei fast allen Kassen um die 0,9 Prozentpunkte betragen. Erwartet wird, dass er dann deutlich steigt. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) verspricht sich davon mehr Wettbewerb unter den Kassen – Ergebnis wird wohl eher eine höhere Belastung für Versicherte sein.

🐾 **Gesundheitskarte:** Die neue elektronische Gesundheitskarte (eGK) ersetzt seit Januar endgültig die alte Krankenversicherungskarte. Diese verliert unabhängig vom aufgedruckten Datum ihre Gültigkeit und ohne eGK muss eine Ersatzbescheinigung vorgelegt werden. Die neue Karte soll angeblich den Austausch von Patientendaten zwischen Ärzten, Kliniken und Apotheken verbessern. Doch die Karte ist aus Datenschutzgründen umstritten. Kritiker befürchten, dass sensible Gesundheitsdaten ausspioniert werden könnten und Gesundheitsdaten der Patienten ein lukratives Geschäft werden. Entgegen aller Beteuerungen sieht ein neuer Gesetzentwurf eine erweiterte Erfassung, umfassende Nutzung und Zentralisation der Patientendaten vor. Konzerne wie Apple haben schon mögliche Geschäftsfelder entdeckt. Hier ist Vorsicht geboten, welche Daten man speichern lässt.

🐾 **Pflegeversicherung:** Die Leistungsbeträge steigen um vier Prozentpunkte. Das bringt etwa in der vollstationären Pflege bei Stufe I 1064 Euro – 41 Euro mehr. Die Kurzzeit- und Verhinderungspflege kann besser miteinander kombiniert werden. Zuhause Gepflegte sollen leichter vorübergehend in einem Heim oder von ambulanten Diensten betreut werden können. Tages- und Nachtpflege kann ungekürzt neben Geld- und Sachleistungen beansprucht werden. Auch über Hilfen im Haushalt oder Alltagsbegleiter soll der Anspruch auf Betreuung durch Helfer in der ambulanten Pflege ausgeweitet werden. Der Zuschuss zu behindertengerechten Umbauten steigt. Der Beitragssatz steigt Anfang 2015 von derzeit 2,05 Prozent (Kinderlose: 2,3) um 0,3 Prozentpunkte und 2017 um weitere 0,2 Prozentpunkte.

Trotz dieser Maßnahmen wird der Grundfehler der Pflegeversicherung, dass sie nur eine Teilkaskoversicherung ist, nicht beseitigt und die Leistungen bleiben insgesamt unzureichend. Hier würde nur eine Pflegevollversicherung Abhilfe schaffen.

🐾 **Berufskrankheiten:** Auch Formen des „weißen Hautkrebses“ und andere Krankheiten sollen nun anerkannt werden – Betroffene haben Anspruch auf Behandlungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung.



Mindestlohn durchsetzen!

Es bleibt bei der Forderung nach 10 Euro pro Stunde

Zu Jahresbeginn wurde mal wieder der Untergang des Abendlandes prognostiziert. Nein, gemeint sind nicht die rassistischen Demonstrationen in Dresden, sondern seitens der deutschen Wirtschaft wird Schwarzmalerei betrieben und hunderttausende neue Arbeitslose angekündigt. Hintergrund ist der seit dem 01. Januar geltende Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro je Stunde. Insgesamt profitieren etwa 3,7 Mio. Menschen von dem – insbesondere durch die Gewerkschaften durchgesetzten – Mindestlohn. Denn die Löhne sind zum Teil so niedrig, dass die Arbeitskraft durch staatliche Leistungen subventioniert wird, also viele Beschäftigte trotz Vollzeitjob ergänzend so genannte Hartz IV Leistungen beziehen müssen. Zwar werden nun viele Beschäftigte ein Plus in der Haushaltskasse haben – das ist dennoch zu wenig. Sozialverbände haben deutlich gemacht, dass ein existenzsichernder Lohn mindestens 10 Euro pro Stunde betragen müsste. Aber auch ein Mindestlohn wird von der Wirtschaft nicht freiwillig gezahlt, er muss durchgesetzt werden. Mit einer breit angelegten Kampagne und Aktionen an über 270 Bahnhöfen – davon über ein Dutzend in Berlin – informierte der DGB die Menschen mit ersten Tipps zum Mindestlohn, mit großer Resonanz. Die eigens dafür eingerichtete DGB Hotline für Hilfestellungen (0391-4088003) steht seitdem nicht mehr still.

„Bomben- stimmung“

Anti-Kriegs-Revue zum Inter-
nationalen Frauentag

Zum diesjährigen Internationalen Frauentag laden wir zu einer Anti-Kriegs-Revue ein, die nicht ernst, aber ernst zu nehmen ist und bei der einem manchmal das Lachen im Halse stecken bleibt. Entlarvende Blicke auf Merkel & Co machen deutlich, wer vom Krieg profitiert und wer die Leidtragenden sind.

Kriegerische Auseinandersetzungen treffen vor allem Frauen. Sie müssen nicht nur den Verlust ihrer Kinder und Männer beklagen, sie selber sind Opfer: Misshandlung und Missbrauch von Frauen wird gezielt als Kriegs-Waffe eingesetzt.

Doch Frauen sind nicht nur Opfer, Frauen sind auch Täter: Frauen, die die aggressive Politik der NATO vertreten, unterstützen und umsetzen. Frauen, die im Dienst des Kapitals über Leichen gehen. Frauen wie Angela Merkel und Ursula von der Leyen.

Samstag, 14. März 2015
Beginn: 18.00 Uhr

Mehr Infos: dkp-berlin.info



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Jahre Schrittmacher

Das ist mehr als allerhand Papier

10 Jahre Schrittmacher heißt für die Genossinnen und Genossen auch: 5 Uhr raus und bei jedem Wetter verteilen. Bei einem solch stattlichen Jubiläum darf schon einmal gefragt werden, warum wir Kommunisten 10 Jahre lang eine solche Betriebszeitung machen und kostenlos verteilen.

Betriebszeitungen sind für uns besonders wichtig: Wo wir arbeiten, unter welchen Bedingungen wir arbeiten – davon hängt ganz entschieden ab, ob wir ein zufriedenes Leben führen. Und wenn Beschäftigte im Gesundheitswesen etwas verdient haben, dann dass sie mit ihrer Arbeit zufrieden sein können. „Unser“ Betrieb ist zudem ein Ort, an dem wir einen Großteil unseres Lebens verbringen.

„Die Arbeit“ ist zudem ein Ort, der so etwas wie eine eigene Öffentlichkeit kennt. Die Gesprächsthemen, die Beziehungen untereinander sind grundlegend verschieden von dem, was wir Freizeit nennen. Selbst die glühendsten Verfechter unserer parlamentarischen Demokratie merken am Arbeitsplatz, dass Freiheit und Selbstbestimmung im Kapitalismus sehr dehnbare Begriffe sind. Der fortwährende Druck von „oben“ – vom seligen „Arbeitgeber“, der uns in Lohn und Brot hält – schlägt ständig in neue Arbeitsbelastungen um. Nicht nur im Gesundheitswesen stecken Unternehmensberater und Manager ständig

die Köpfe zusammen, um Kosten zu senken bzw. „Arbeitsabläufe zu optimieren“. Es ist halt ihr Beruf. Dagegen zu halten ist mühsam und im Alleingang nach unserer Erfahrung unmöglich. Wir brauchen Diskussionen am Arbeitsplatz, gewerkschaftliche Organisation, Mitbestimmung im Betrieb.

Eine Betriebszeitung ist nur ein Mittel um zu formulieren, was wir unter guter Arbeit verstehen. Aber gerade das ist enorm wichtig.

Nicht, weil wir besser argumentieren können und alle Zahlen parat haben, sondern weil unser Verständnis von erfolgreich geleisteter Arbeit nicht davon abhängt, ob Kosten eingespart oder Profite gemacht wurden. Gut versorgte Patienten sind nicht Ziel eines auf Profit orientierten Gesundheitswesens, ebenso wenig zufriedene Beschäftigte. Jede Kollegin, jeder Kollege hat tausendmal bessere Ideen, wie der Arbeitsalltag im Interesse der Beschäftigten und der Patienten besser organisiert werden könnte, als jeder Wirtschaftsexperte.

Dies seit 10 Jahren aufzuschreiben und bei der Charité und Vivantes zu verbreiten, das macht den „Schrittmacher“ aus. Ebenso wichtig ist, Chronist der Aktivitäten zu sein, mit denen Beschäftigte erfolgreich ihre Interessen kollektiv durchsetzen. Und dafür lohnt das viele Papier und das frühe Aufstehen alle mal.